

Dresdner Volkszeitung

Hauptschredens: Dresden
Sabes & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werkstätige Volk**

Redaktions: Sebr., Arnhold, Dresden
und Köchliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Werk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wetzlarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wetzlarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komposition
30 Pf., die 90 mm breite Komposition 1,50 M., für ausgedruckte An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgeschäfte
40 Proz. Rabatt. Für Beleglohnbeilage 10 Pf.

Nr. 122

Dresden, Sonnabend den 29. Mai 1926

37. Jahrg.

Drohende Zollerhöhung

Dem deutschen Volk droht eine große Gefahr. Es muß damit gerechnet werden, daß vom 1. August an die Lebensmittelpreise erheblich erhöht werden, wenn es nicht noch in dieser Stunde gelingt, durch einen energischen Vorstoß im Reichstag das drohende Unheil abzuwehren. Als im vorigen Jahr im Reichstag die Zolltarifnovelle behandelt wurde, so waren für Lebensmittel außerordentlich hohe Zölle vor, die am 1. August 1926 in Wirksamkeit treten sollten. Für die Zeit bis zum 1. August 1926 waren ermäßigte Zölle vorgesehen. Die Festsetzung der hohen Zölle beantragte man nicht, daß man bei Zolltarifverhandlungen eine wertvolle Waffe haben möchte, stellte es aber so dar, als wenn ein Inkrafttreten dieser hohen Zölle überhaupt nicht zu denken sei, weil bis zum 1. August 1926 durch den Abschluß von Handelsverträgen wesentlich niedrigere Zölle festgelegt sein würden. Bis vor kurzem aber war nur für eine einzige Ware durch Abschluß eines Handelsvertrages eine Verringerung der im Tarif vorgesehenen Bestimmungen erfolgt. Politischer Preis war durch Handelsvertrag mit Spanien auf die Freiliste gekommen.

Jetzt ist bei den Zolltarifverhandlungen mit Schweden für eine größere Anzahl der in Frage kommenden Lebensmittel Zölle ausbedungen worden. Aber es zeigt sich, daß bei dieser überhaupt keine Ermäßigung gegenüber dem im Tarif festgelegten „autonomen“ Zölle vorzunehmen werden oder nur sehr geringfügige Ermäßigungen ausbedungen sind. Besonders gilt das für Getreide, für Roggen müssen jetzt 3 M. Zoll für den Doppelsentner gestellt werden, für Weizen 3,50 M. Nach dem autonomen Tarif 7 M. und 7,50 M. und nach dem Handelsvertrag mit Schweden 6 M. und 6,50 M. Es würden sich also die Zölle verdoppeln, denn die im Handelsvertrag mit Schweden ausbedungenen Zölle kommen gegenüber allen Staaten in Anwendung, mit denen ein sogenannter Mostbegünstigungsvertrag abgeschlossen wurde, während gegenüber denjenigen Staaten, bei denen ein solcher Handels-

vertrag nicht vorliegt, die autonomen Zölle von 7 M. und 7,50 M. gelten. Doch bis zum 1. August durch einen Handelsvertrag mit einem andern Staat eine Herabsetzung der Zölle erreicht werden könnte, ist wenig wahrscheinlich.

Wie mit den Getreidezöllen steht es auch mit den Zöllen für Fleisch und Speck. So wird sich der Zoll für frisches Schweinefleisch von 21 auf 32 M., der Zoll für Schweinefleisch von 11 auf 21 M. erhöhen. Der Zoll auf Schmalz steigt von 6 auf 10 M. Doch gerade bei dem Handelsvertrag mit Schweden keine starken Herabsetzungen der Lebensmittelzölle erreicht werden, liegt daran, daß Schweden an der Rohwareneinfuhr nach Deutschland nur ein ganz geringes Interesse hat. Die deutsche Regierung hat offenbar die Gelegenheit des Handelsvertrages mit Schweden benützt, um wenigstens etwas von den im Tarif vorgesehenen Zöllen abzuhaken, aber im Interesse der Agrarier hat sie von der Möglichkeit, die Zölle zu erniedrigen, nur in zu geringem Umfange Gebrauch gemacht.

Kommt es wirklich dazu, daß vom 1. August an dem deutschen Volk die wichtigsten Lebensmittel empfindlich verteuert werden, so wäre das ein schwerer Schlag gegen die deutsche Volkswirtschaft. Die Massen, die heute infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auch die notwendigsten Bedürfnisse nicht befriedigen können, könnten eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung nicht ertragen. Die ganze wirtschaftliche Lage Deutschlands erfordert jetzt gebieterisch eine Herabsetzung unserer gesamten Preisniveaus. Nur wenn es gelingt, durch Senkung der Preise die Kaufkraft der Bevölkerung zu heben und unsere Konsumenzfähigkeit im Ausland zu steigern, werden wir die gegenwärtige Krise überwinden können. Deshalb ist es dringend notwendig, daß der Reichstag sich recht bald mit der schweren Gefahr beschäftigt, die über dem deutschen Volk droht. Es muß alles getan werden, die arbeitenden Massen vor einer neuen Verteuerung ihrer Lebenshaltung zu schützen.

Lehren des englischen Kampfes

Von Otto Bauer, Wien

Der Meistertreue der britischen Arbeiter war eines der gewaltigsten Ereignisse in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Es ist unter aller Würde aus den Erfahrungen dieses Kampfes zu lernen.

Die britischen Arbeiter haben den Sieg, den Hunderttausende in England, Millionen in der ganzen Welt erhofft, nicht errungen. Warum?

Die Kommunisten und ihre Radikaler sind mit ihrem Meistertreue fertig; die „Führer“ haben die Bewegung „verraten“. Das ist ja das kommunistische Gedächtnis bei und nach jedem großen Kampfe: die Welt wäre längst ein Paradies, wären die „Führer“ der Arbeiter nicht Schwächlinge, Feiglinge, Verräter.

Die bürgerlich-individualistische Gedächtnisauffassung betrachtet die Geschichte als das Werk großer Männer. Alles Große, das geschehen ist, hat ein Weiser oder ein Held getan. Alles Unheil, das sich ereignet hat, hat ein Tor oder ein Verräter veranlaßt.

Marx hat diese individualistische Gedächtnisauffassung überwunden. Nach Marxs Lehre ist der Gang der Geschichte bestimmt durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte der Menschheit; durch die Entwicklung der Massen, durch den jeweiligen Entwicklungsgrad ihrer Entwicklung, durch die Kämpfe zwischen den Massen. Große Männer können immer nur vollziehen, was durch die wirtschaftliche Entwicklung durch die Entwicklung der Massen schon möglich geworden ist.

Wer das Schicksal der Arbeiterklasse aus den Tugenden oder den Verbrechen ihrer Führer erklären will, der steht noch ganz in der bürgerlich-individualistischen Gedächtnisauffassung darin, der hat noch nicht einmal das ABC des Marxismus verstanden gelernt.

Verstehen wir es also, die erschütternden Ereignisse des britischen Meistertreues nicht nach dem bürgerlich-individualistischen Schema, das die Kommunisten übernommen haben, sondern aus den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, unter denen der Kampf geführt wurde, verstehen zu lernen!

Zunächst ein paar Tatsachen, die uns zu denken geben!

1. Streikfächer und Buchdrucker haben den Streik proklamiert. Aber die Zahl der Streikbrecher war so groß, daß noch wenigen Tagen die größten bürgerlichen Zeitungen Londons wieder erscheinen konnten! Massenstreikfreudig selbst in dem auch in England bestorgonifizierten Beruf!

2. Die Eisenbahner haben den Streik proklamiert. Aber die Zahl der Streikbrecher war so groß, daß täglich laufend Eisenbahnzüge fahren konnten!

3. Die Seeleute haben sich am Streik nicht beteiligt. In den festländischen Häfen haben sich deutsche, holländische, belgische, französische Seemannsarbeiter vereinigt, englische Schiffe zu laden und zu löschen; aber englische Seeleute haben den Dienst auf diesen Schiffen verrichtet! Und diese Seeleute gehören einer Gewerkschaft an, die der Gewerkschaftsaktion der englischen Gewerkschaften angeschlossen ist!

Es unterliegt nach diesen Beispielen wohl keinem Zweifel: Hunderttausende Streikbrecher haben der Regierung die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste, die Truppentransporte, die Lebensmittelversorgung ermöglicht. Deshalb konnte der Streik nicht siegen! Wie ist dieser Meistertreuebruch zu erklären?

Gewiss, langandauernde Massenarbeitslosigkeit hat die moralische Kraft vieler Arbeitsloser zermindert. Streiks in Zeiten großer Arbeitslosigkeit sind immer gefährlich! Aber wir haben in Mitteleuropa die Erfahrung gemacht, daß selbst in Zeiten großer Arbeitslosigkeit große Kämpfe geführt werden konnten, ohne daß sich viele Streikbrecher fanden. Warum war das in England anders?

Auf dem Festland hat die Sozialdemokratie die Gewerkschaften begründet. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter von Anfang an zur Klassenolidarität, zur Solidarität über die Berufsgruppen hinaus mit den Arbeitern aller Berufe, zur Solidarität im arbeitslosen Zustand wie im volltätigen Kampfe erzogen.

Anderes in England! Dort gab es Gewerkschaften, lange bevor eine Arbeiterpartei entstanden ist. Diese Gewerkschaften waren sämtlich unpolitisch; sie beschäftigten sich auf den rein gewerkschaftlichen Standpunkt. Jede dieser Gewerkschaften führt den Kampf im eigenen Beruf, ohne sich um die Arbeiter der andern Berufe zu kümmern. Die englischen Gewerkschaften haben im neunzehnten Jahrhundert ihre Klassenolidarität nicht zur Klassenolidarität, sondern nur zu einer Berufsolidarität gezogen.

Erst in den letzten zwanzig Jahren ist das allmählich anders geworden. Der industrielle Aufstieg Deutschlands und der Vereinigten Staaten hat das Weltmonopol der britischen Industrie gebrochen. Tausend hat der Aris der britischen Industrie schwere Lunden geschlagen. Die Lage der britischen Arbeiter hat sich empfindlich verschlechtert. Dadurch wurden die britischen Arbeiter revolutioniert. Die enge Berufsolidarität begann sich allmählich zu der die ganze Arbeiterklasse umspannenden, auf politischen wie auf arbeitslosen Standpunkt schätzigen Klassenolidarität zu erweitern.

Der Streik, den wir jetzt erlebt haben, war ein Ergebnis dieser Entwicklung. Eisenbahner, Metallarbeiter, Seemannsarbeiter, Zeitungsdrucker traten in den Streik, um die Löhne der Seemannsarbeiter zu verteidigen. Und zum erstenmal in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung überlebte nicht jede

Putschchen? — Ausgeschlossen!

Der Hindenburg-Verband

Schwerwiegend mit Dankbarkeit

Ein „Hindenburg-Verband“, eine dem „Tannenberg-Bund“ der „Vereinigung Völkischer Wehrverbände“, angeschlossene Organisation, ist vor einigen Monaten ins Leben getreten und ist mit einer „Führeranweisung“ ausgestattet worden, die jeden in der Stepanowski-Druckerei in Danzig ausgedruckt und uns übermittelt wurde ist. Nach dieser „Führeranweisung“ haben wir es hier mit einem militärisch organisierten völkischen Kampferverband zu tun. Der Verband gliedert sich in

- a) Aktive,
- b) Reserve,
- c) Landsturm,
- d) Jung-Hindenburgler.

Die „körperliche Erziehung“ erstreckt sich auf folgende Bereiche:

- a) Wehrsport,
- b) Schießen mit Kleinkalibern,
- c) Geländeerkundungen mit Marschliedern.

Die „Intelligenz- und Bezirksführer“ werden von der Zeitung „Tannenberg“, Ortsgruppenführer von den Bezirksführern. Es sind im Verband „die in der Arme des völkischen Kampfes erprobten Kämpfer“ maßgebend. Als „Verbandsorgan“ gilt die Zeitschrift „Einheitsfront“, ein festgelegter Red, Windjahr, Zinsrechnung, Wirtschaftsmathematik, Koppel mit Schmalz u. a. m. „Weg“ besorgend wird sich der Reichspräsident über die „Rolle“ des Hindenburgverbandes freuen; sie trägt nämlich in einem schmerzlichen Fahrenband ein schweres Kreuz in ihrem Feld. Die Bestimmungen über den „Eintritt in das Reichswehr“ werden im Hinblick der „Führeranweisung“ bekanntgegeben. Unter dem Kapitel „körperliche Erziehung“ wird das ganze ehemalige Erziehungsreglement und die gesamte Turnvorschrift samt Sprungschuß, Stillsitzen, Wehrmann und der Zypressenwand abgewandelt. Für jeden „Jung-Hindenburgler“ wird weiterhin zum Schießen mit dem Kleinkalibergewehr ein „Schießbuch“ angelegt. Was sagt die völkische Wehrung zu diesem „neutralen“ Schießverein?

Die militärische Betätigung des „Stahlhelms“

D. Berlin, 29. Mai. (Eig. Funk.)

Die Landwärtler haben, wenn man ihnen glauben schenken will, die Geld für die Verzahlung der nötigen Steuern an die völkische Republik. Wenn es sich aber um die Unterstützung völkischer Verbände handelt, dann ist der Landwärtler sehr großzügig. So hat jetzt wieder die Kreisgruppe Stolp des völkischen Kampfes ein Stier an die Anstaltgeber gesandt, in dem zur Unterstützung des „Stahlhelms“ durch eine Geldsammlung aufgefordert wird.

Die Bewegung, heißt es in dem Schreiben, könne aus Mangel an Mitteln nicht in dem Maße weitergeführt werden, wie es in Interesse der guten Sache notwendig erscheint. Die jetzt in Aussicht genommene Aufnahme der völkischen Kampfes militärischen Betätigung der Mitglieder des Stahlhelms erfordert sehr erhebliche Mittel, die allein von den Beiträgen nicht aufzubringen sind. Die Mitglieder werden daher aufgefordert, sich erneut für den Gedanken der Wehrhaftmachung unseres Volkes durch Überweisung eines angemessenen Betrages betätigen zu lassen.

Das Schreiben ist besonders auffällig, da es die häufig wiederholte Behauptung des „Stahlhelms“, er besäße sich nicht mit militärischen Dingen, läugnet. Die Schornsteine bei den Landwärtlern sind betrieblen unter dem ausdrücklichen Hinweis auf die militärische Betätigung des „Stahlhelms“. Der „Stahlhelm“ weiß also gut, daß der Landwärtler der Helfer der Schwärzen Reichswehr war, und daß sich die Junfer am ehesten zu finanziellen Opfern bereit finden, wenn es sich um die militärische Vorbereitung eines Putsches handelt.

Staatsstreikpläne der rheinischen Großindustrie

Köln, 29. Mai. (Eig. Funk.)

Unser Kölner Bruderblatt wird von besonderer Zeit mitgeteilt:

„Rheinisch-westfälische Großindustrie und Großgrundbesitzer entrüchten sich gewaltig, weil bei einigen ihrer Führer, im Zusammenhang mit den Putschplänen, Voraussetzungen vorgenommen worden sind. Die Entrüstung ist gebührend. Es mag sein, daß die betreffenden Herren, vorzüglich wie sie sind, nicht selbst mit den Putschisten angeknüpft haben, Tatsache aber ist, daß

maßgebende Führer der rheinisch-westfälischen Großindustrie und Landwirtschaft die Staatsstreikpläne nach Kräften propagiert und gefördert haben.

Von ihrer eignen Unfehlbarkeit überzeugt, sehen sie die Schuld an der lange dauernden Wirtschaftskrise dem Parlament. Sie nehmen keine Worte, auch nicht die Deutlichkeitsnationalen, von der Mittelschicht aus, den Massen zu weit entgegenkommen zu sein. Es wird das alte Lied von der Uebernahme der Wirtschaft durch Steuern und Sozialpolitik angestimmt. Weitgehender Abbau der Erwerbslosenfürsorge ist eine der Hauptforderungen. Man will unter allen Umständen und mit allen zweckdienlichen Mitteln das Parlament ausschalten, und durch Gewaltstreich die Wirtschaft im Sinne des Hochkapitalismus zu führen. Man plant sogar einen Teil der Gewerkschaften für die Abneigung gegen das Parlament groß zu sein. In kleineren und größeren Zirkeln werden die Staatsstreikabsichten erörtert. Man ist sich klar darüber, daß sie nur möglich sind, solange Hindenburg noch Reichspräsident ist. Man will dem alten Herrn durch staatsrechtliche Schritte die Gelegenheit schwerer innerpolitischer Krisenstände die Ueberzeugung beibringen, daß er mit den besten Verordnungen auf legale Weise bleibe. Insbesondere soll der Artikel 48 sehr weitgehend angewendet werden. Die Ausschaltung des Parlaments ist die Hauptfahne. Die Reichsregierung soll durch ein Direktorium von fünf Männern ausgeübt werden. Durch die Verschärfung, daß die Betätigung des Parlaments nur vorübergehend zur Verhütung der Krisenstände gedacht sei, hofft man viele Einsparungen. — Unser Gewährung hat an mehreren Zusammenkünften, in denen solche Pläne erörtert wurden, teilgenommen.

Die Hindenburg-Verband... (Vertical text on the left margin)